

Konkrete Antworten

Wahlbeteiligung

Die niedrige Wahlbeteiligung hat mit Sicherheit mit der fehlenden Transparenz der ÖH zu tun. Vor allem die Arbeit der unteren Ebenen (Mitgestaltung der Studienpläne, Studienberatung, Prüfungsbeispiele usw.) wird von vielen Studierenden nicht direkt mit der ÖH verbunden. Zudem fühlen wir uns durch das alleinige Aufstellen von Kopierern nicht wirklich vertreten.

Studiengebühren

Die Frage, was der VSSTÖ gegen Studiengebühren zu unternehmen gedenkt, ist schnell beantwortet. Der VSSTÖ gedenkt nicht zu handeln, sondern hat es schon getan. So haben wir beim SPÖ-Parteitag 1997 einen Antrag gegen Studiengebühren eingebracht, der mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Sämtliche Regierungsmitglieder seitens der SPÖ sind nun an diesen Beschluß gebunden.

Semesterticket

Obwohl wir grundsätzlich nicht glauben, daß eine Umverteilung von Studierenden, die in TU-Nähe wohnen, zu Studierenden, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, sozial gerecht ist, könnten wir uns unter folgenden Bedingungen mit einem Semesterticket anfreunden:

- Einbeziehung aller Studierenden (kein Alterslimit)
- Ausweitung der benutzbaren Zonen
- Maximale Kosten von 300 ATS
- Ausweitung der Betriebszeiten auf mind. 00.30 Uhr
- Gleichzeitige Einführung eines Nachtbussystems nach Wiener Vorbild

Fachhochschulen

Grundsätzlich begrüßen wir die Etablierung von FHs als sinnvolle Ergänzung zum universitären Lehrangebot. Außerdem sind wir der Auffassung, daß allen Studierenden die gleichen Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten, die gleichen gesetzlich verankerten Vertretungsstrukturen und die gleichen Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten zukommen sollen. Wir streiten für eine in allen Bereichen zutiefst demokratische Gesellschaft. Deswegen sind wir für eine Integration der augenblicklich noch in keine Interessenvertretung eingegliederten StudentInnen der FHs, SozAks und PädAks in die ÖH.

Evaluierung

Die ÖH muß gewährleisten, daß nicht nur fleißig Daten erhoben, sondern selbige auch den Studierenden zugänglich gemacht werden. Es ist außerdem notwendig, daß die Ergebnisse studentischer Lehrveranstaltungsevaluierungen auch tatsächlich mit Konsequenzen verbunden sind (eventueller Entzug der Lehrbefugnis).

Bachelor-Master-System

Wir begrüßen die Internationalisierung der Studiensysteme, doch darf dies nicht, wie aus dem Entwurf zur Gesetzesnovelle ersichtlich, zu einer Verschulung, einer massiven Einschränkung der Wahlfreiheit und einer Qualitätsminderung führen. Aus diesen Gründen können und dürfen wir diese Art der Umsetzung unter keinen Umständen gutheißen.

Allgemeinpolitisches Mandat

Wir sind davon überzeugt, daß die ÖH als aktive Interessenvertretung aller Studierender, sowohl bildungspolitisch als auch vor Ort, für die Studierenden sehr viel erreichen kann. Die ÖH darf kein statischer Apparat sein, sondern muß durch ihre politischen Inhalte und durch ihre Struktur Vorreiterin für eine freie, gleichberechtigte, gerechte und solidarische Gesellschaft sein. Wir vom VSSTÖ stehen für eine ÖH, die eine echte, weil inhaltlich kompetente Interessenvertretung ist und sich massiv in die Bildungspolitik einmischt. Auch in aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen muß die Position der ÖH klar erkennbar sein; schließlich sind Studierende nicht nur von Bildungs- und Hochschulpolitik betroffen.